

Dresdner Volkszeitung

1887

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Frauen- und Jugendzweig einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint wöchentl. mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags.

Redaktion: Jungfernstieg 21, L. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Jungfernstieg 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anfragen werden die Geschäftszeit mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 291.

Dresden, Mittwoch den 16. Dezember 1908.

19. Jahrg.

Die politische Lage in England.

Von unserem Korrespondenten.

J. S. London, 12. Dezember.

Der Premierminister Asquith hielt gestern Abend an einem liberalen Parteibankett seine mit großer Spannung erwartete Rede über die politische Lage. Hier sollte der leitende Staatsmann Englands das erlösende Wort sprechen, seinen heimatlichen Anhängern frischen Mut einflößen; er sollte der liberalen Partei den Weg weisen, welcher sie aus der schweren Krise, in der sie sich heute befindet, herausführen könnte, und namentlich sollte er verkünden, welche Mittel die Regierung anwenden will, um den Herausforderungen des Oberhauses, welche sie zur Ohnmacht verurteilt und die liberale Partei mit ihrer gewaltigen Unterhausmehrheit zum Gegenstande öffentlichen Gespötes macht, wirksam zu begegnen.

Wenn die Liberalen ehrlich sein wollen, so werden sie zugeben müssen, daß die Rede des Ministerpräsidenten ihnen nicht viel Trost gebracht hat. An leidenschaftlichen und sicher auch vollständig gerechtfertigten Ausfällen gegen die Unverschämtheit der Lords fehlte es freilich nicht, aber auf eine klare und unzweideutige Darlegung der künftigen Pläne der Regierung hat man vergebens gewartet. Wohl erklärte er, daß das heutige System, welches dem Führer der bei den Wahlen schmachvoll geschlagenen (konservativen) Partei gestattet, vermittels des Oberhauses über jede Gesetzesvorlage endgültig zu entscheiden, nicht gebildet werden dürfe. Auch rief er seine Partei auf, das Veto des Oberhauses als die aller beherrschende Frage der Politik zu betrachten. Aber auf welche Weise man den Lords beikommen will, davon hätte man gar nichts Bestimmtes.

Man erfuhr man darüber, was die Regierung nicht tun wird. Das Parlament werde wegen der Verweigerung der Schandbegründung durch das Oberhaus nicht aufgelöst werden; Neuwahlen sind also bis auf weiteres nicht zu erwarten. Asquith begründete diese Entscheidung damit, daß man dem Oberhaus nicht die Macht in die Hand geben dürfe, Zeitpunkt und Gelegenheit der Parlamentsauflösung zu bestimmen. Diese Begründung ist natürlich etwas weit hergeholt; der wirkliche Grund ist der, daß die Regierung sehr wohl weiß, daß allgemeine Wahlen in dem gegenwärtigen Augenblicke ihr eine sichere Niederlage bringen würden.

Außer dieser einen negativen Erklärung enthält die Rede des Premierministers nur dunkle Andeutungen über große Kämpfe um das nächstjährige Budget. „Über das eine ist sicher“, sagte er, „daß nämlich das Budget des nächsten Jahres im Mittelpunkte unseres Wertes stehen wird, mit dem wir stehen oder fallen werden und nach dem uns sowohl die Gegenwart wie die Zukunft beurteilen wird. Dieses Budget wird und muß diese Streitfrage (nämlich den Kampf zwischen Oberhaus und Lords) in ihrer akutesten Form wieder in den Vordergrund drängen, eine Streitfrage, vor der wir nicht zurückweichen, sondern welche wir begrüßen. Die Finanzen bieten ein Mittel dar, welches große Möglichkeiten hat und von großer Tragweite ist, und es könnte sich herausstellen, daß die wenigstens in gewissen Einheiten eine teilweise Lösung von Problemen ermöglicht, welche bei unseren gegenwärtigen konstitutionellen Zuständen sonst unlösbar bleiben müßten.“

Dies ist die furchtbare Drohung, welche der Premierminister gegen die Lords ausgesprochen hat. Ob die nicht weniger als 248 Parlamentsmitglieder, welche vor erst zwei Tagen den Premierminister in einer Denkschrift beschworen, nun doch einen letzten Entscheidungskampf gegen die Lords zu wagen, mit dieser Kampferklärung, welche an Entschiedenheit und Klarheit alles zu wünschen übrig läßt, zufriedengestellt sind, das darf fraglich bezweifelt werden. Nebenfalls ist sie wenig geeignet, den Lords, die auf alle bombastischen Substantiellen liberaler Minister bisher nur mit immer neuen Provokationen geantwortet haben, Angst einzujagen.

Wenn die dunkle Drohung des Ministerpräsidenten einen Sinn hat, so kann es nur der sein, daß das Budget des nächsten Jahres so revolutionäre Bestimmungen enthalten wird, daß die Lords in die Versuchung geraten werden, das Budget selbst abzulehnen. In einem solchen Falle müßte natürlich eine sofortige Parlamentsauflösung folgen, und die Neuwahlen würden unter für die Regierung viel günstigeren Umständen, nämlich unter dem Schlagworte der Abwehr gegen die Verwegenheit der anerkannt verfassungsmäßigen Rechte des Unterhauses, stattfinden, und die Regierung hätte dann die Gelegenheit, mit der Übermacht des Oberhauses aufzutreten.

Ob diese Pläne der Regierung von Erfolg begleitet sein werden oder nicht, so ist jedenfalls höchst bezweifelhaft, daß Asquith eine Auflösung der Lords gegen einen so allhergebrachten und von allen Autoritäten als Recht anerkannten Verfassungsbrauch, wie der, daß die Feststellung des Budgets ein unbedingtes Vorrecht des Unterhauses ist, für möglich hält. Die nähere Natur der von Asquith angebotenen Budgetvorläge läßt sich heute nur sehr vermuten. Das Budget könnte beispielsweise das Oberhaus dadurch lahmlegen, daß das Budget keine Geldmittel für die Fortsetzung von dessen Verhandlungen vorsieht. Aber dieser Vorgang ist für einen so nächstenredenden Advokaten und maßvollen Politiker wie Asquith

sicher zu phantastisch und revolutionär. Viel wahrscheinlicher ist, daß die Regierung bei der Herbeiführung neuer Staatsverfassungen die Wege betreten will, welche möglicherweise das Oberhaus zum Widerstande reizen werden. Dadurch würde nicht nur den Lords Trost gegeben, sondern gleichzeitig auch ein Mittel gefunden, um den großen finanziellen Schwierigkeiten des nächsten Jahres zu entkommen.

Die Budgetaussichten des Schatzkanzlers für das nächste Jahr sind nämlich ganz trostlos. Der durch die Wirtschaftskrise verursachte Ausfall in den Revenüen wird sich auf ungefähr 8 Millionen Sterling belaufen. Dazu kommt eine Mehrausgabe von ebenfalls rund 8 Millionen Pfund für die Alterspensionen und eine solche von etwa 6 Millionen Pfund für die sicher zu erwartenden neuen Flottenbauten. Dies allein macht schon rund 22 Millionen Pfund Sterling aus, auch wenn man die zu erwartenden Mehrausgaben für die Arbeitslosen und für sonstige Sozialreformen außer Betracht läßt. Dieses gewaltige Defizit muß auf die eine oder die andere Weise gedeckt werden. Dabei kann sich die gegenwärtige englische Regierung nicht des bequemsten Mittels der Verlastung des arbeitenden Volkes vermittels indirekter Verzehrungssteuern bedienen.

Aber ein anderes Gebiet liegt der Regierung offen, welches in finanzieller Hinsicht große Möglichkeiten eröffnet. Nämlich die größere Besteuerung des Grundeigentums. Die Grundsteuer ist in England nämlich lächerlich gering, und der Grundbesitz könnte mit Leichtigkeit die erforderlichen 22 Millionen Pfund und noch weit mehr ertragen. Aber hier wird es und muß es zu einem ersten Zusammenstoß mit den Lords kommen. Das Oberhaus ist eine agrarische Interessengruppe par excellence, und wenn es den Interessen des Grundbesitzes an den Krallen geht, dann werden sich die Lords ohne Strupel über jeden Verfassungsbrech hinwegsetzen, wenn sie sich von einem solchen Erfolg versprechen.

Dies scheint der Sinn der Drohung des Premierministers zu sein. Man muß zugeben, daß der Plan ein außergewöhnlicher ist. Seine Durchführung würde schwere Kämpfe kosten, vielleicht schwerere, als man einer liberalen Partei zutrauen kann. Wenn aber die Regierung es diesmal ernst meint, und das muß sie wohl im Interesse des Weiterbestandes der liberalen Partei, und wenn sie großen Mut und die nötige Energie aufbringt, dann muß sie einen glänzenden Sieg erringen. Die Alternative ist das baldige Verschwinden der großen liberalen Partei vom politischen Schlachtfelde.

Schlecht Wetter in Byzanz.

Zum 50. Geburtstag Wilhelms II., dem 27. Januar nächsten Jahres, beabsichtigten einige strebsame studierende Rüstlinge einen Festzug für den Kaiser zu arrangieren. Das Polizeipräsidium und das königliche Hofmarschallamt hatten gegen die geplante lokale Straßen demonstration ursprünglich nichts einzuwenden; jetzt aber hat der Zentralausschuß der sozialistischen Jugend eine Zuschrift vom Hofmarschallamt erhalten, in der es heißt:

Auf das Schreiben vom 24. d. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß S. M. der Kaiser und Königin für die freundliche Absicht, den bevorstehenden Allerhöchsten Geburtstag durch einen Festzug zu begehen, sehr dankbar sind, mit Rücksicht auf die kalte Jahreszeit aber bitten, von dieser Veranstaltung Abstand nehmen zu wollen.

geg. W. Eulenburg.

Diese Form des kaiserlichen Verzichts wurde gewöhnt, um dem Studentenausschuß den Rückzug aus einer höchst peinlichen Lage zu ermöglichen. Innerhalb der Studentenschaft hätte sich nach dem bekannten Vorgänge vom November eine leidenschaftliche Opposition gegen die gesamte byzantinische Rundschau entwickelt. Das Schreiben des Hofmarschallamtes kam gerade rechtzeitig, um einen großen öffentlichen Skandal im Reime zu erlösen.

Der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung, der Herroute Bölow, lacht die neuesten Kammerberichter möglicherweise ab. Es sei nicht zu erkennen, welche Personen in der Umgebung des Kaisers gegen Bölow intrigieren sollten. Vielmehr habe Bölow auch bei den Personen aus der engeren Umgebung des Kaisers Verständnis gefunden, deren Wort und Einfluss in Betracht kommen kann. Dann heißt es weiter, daß wohl Bestimmungen vorhanden sein können, aber zu irgend einer Organisation und Aktionsfähigkeit hätten sie sich nicht herausgebildet. Der Korrespondent sagt weiter: „Wir glauben, Bölow genießt das Vertrauen des Kaisers noch wie vor, wie es ein Arzt genießt, den der Patient auch dann noch für einen Freund hält, wenn er ihm eine bittere Medizin hat eingeben müssen. Zudem ist die Erklärung des Reichskanzlers auf dem Gebiete, das sich um das sogenannte verbotene Programm dreht, recht hart; er hat, wie gesagt, das Vertrauen und die Unterstützung einflussreicher Personen aus der Umgebung des Kaisers gefunden, die Bundesregierungen waren und sind mit ihm einverstanden und was hat sich demnach als das persönliche Staatsministerium hat einstimmt und aus Überzeugung sich am 17. November mit ihm solidarisch erklärt und hat ihm, wie in politischen Kreisen bekannt ist, nach dem 17. November ebenfalls einstimmig Zustimmung und Dank ausgesprochen. Daraus dürfte sich nicht ableiten lassen, und da auch alle Parteien des Reichstages in dieser Frage nach wie vor mit dem, was der Reichskanzler erklärt hat, einverstanden sind, so dürften Verzüge

aus diesem Anlaß keine Stellung zu erheben, bis auf weiteres recht aussichtslos sein.“

Also — dem Himmel sei Dank! — Bölow's Stellung ist wieder einmal unerklärlich fest! Die Block-Demokratie der Frankfurter Zeitung ist schon glücklich, daß dieser Art dem deutschen Volke erhalten bleibt. Weil Bölow die große Tat vollbringt, dem Kaiser dieses Motiv einzugestehen, soll er das Recht haben, das deutsche Volk in Grund und Boden zu mobilisieren!

Gewitterwolken im Bergwerksrevier!

II.

Ob die Bergarbeitermassen, zur Verzweiflung getrieben, sich in einer gewaltigen Arbeitseinstellung besseren Lebenssicheres engagieren, oder ob ihnen ihre doch so natürliche Forderung recht bald auf reichsgefehltem Wege bewilligt wird, daran hat das ganze Volk ein angelegentliches Interesse. Im deutschen Bergbau waren 1907 nicht weniger wie 734 008 Arbeiter beschäftigt, davon 614 228 unterirdisch; in der Gesamtzahl sind auch 11 483 weibliche Arbeiter enthalten. Wie die großen Streiks 1880 und 1905 lehrten, schließen sich der Bewegung in der Regel bis zu 90 Proz. der Untertagearbeiter an. Sind die Knappen gezwungen, um den Schutz ihrer Haut und Knochen zu kämpfen, dann wird die Faust so zu wie alle Bebrohten mitzuziehen. Ein Kampf, wie ihn die Welt nie gesehen! Den Exzitieren wird die Frage nach dem Ausgang des Kampfes nicht ihr Handeln beeinträchtigen. Man täusche sich nicht über die elementare Gewalt eines solchen Kampfes um das Leben! Ein kleines Beispiel war der Streik bei Forbach. Sind erst Hunderttausende außer Arbeit, so läßt das zunächst das ganze Bergwerkleben im engeren Industriegebiet, die weitere Folge ist ein nationales Unglück!

Wer würden die Geschädigten sein? Die Industrieherrn auf seinen Fall! Was auch an Förderminut entfällt, welche Kapitalmächte auch in Handel und Wandel um sich greift — die Industrieherrn werden alle ihre momentanen Verluste reichlich wettmachen durch Erhöhung der Aktien-, Anleihe- und Briefmarktpreise! Die Wirkung des Brennstoffmonopols! Als 1905 der Generallstreik im Ruhrbezirk ausbrach, klagten an den Börsen die Kurse der Bergwerksaktien! Was auch immer der Ausgang des drohenden Kampfes ist, die Kriegskosten werden die Industrieherrn auf das Volk auswälzen! Je erbitterter, je länger der Kampf, um so höheren Tribut werden die Besenmagnaten hinterher dem Volke einziehen!

Und deshalb muß das ganze deutsche Volk aus humanitären Gründen wie in Mahnung der berechtigten Volkswirtschaften unbedingt von der Reichsregierung verlangen, daß sie es nicht zum größten Schaden des Volkes auf einen gewaltigen Kampf zwischen Arbeit und Kapital im Bergbau ankommen läßt, sondern die Bergarbeiterforderungen in unangreifbarer gefelliger Form bewilligt. Es ist die Sache des ganzen Volkes, die mit dem Bergarbeiterkampf zur Erörterung steht! Noch ist es Zeit, vorzugeben!

Täusche sich niemand täuschen mit Nebenparten über die „Deber“. Tatsache ist doch, daß auch die beschriebenen Ansprüche der Bauarbeiter der Arbeiterkraft drückt zurückgewiesen werden von den Inhabern, die berufen wären, die Brände zur Beschäftigung zu bringen. Von den 18-jährigen, immer wiederholten aber erfolglosen Bemühungen des Bergarbeiterverbandes, das Ohr der Werkherren und der Bergbehörden für die Arbeiterklagen zu gewinnen, will ich gar nicht erst reden. Den Vertretern der anderen Organisationsrichtungen geht's nicht besser. Zwei Beispiele hierfür: Gemäß einer Arbeiterbeschwerde vom Schacht II der Gesellschaft Saxa und Wöfel bei Forbach entwickelte sich dieser Schriftwechsel:

Forbach, den 10. November 1908.

Herrn Bergmeister und Bergassessor v. Braunnmühl!

Mit gegenwärtigem Schreiben habe ich die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen: Der Bergmann Johann Wagner hat mich gebeten, ein Wohlgehorren mitteilen zu wollen, daß in Schacht II 104 Beuhle am Förderseil gerissen seien. Trotzdem sich die Leute beschwert hätten, wäre noch nichts in der Sache geschehen. Johann Wagner teilte mir u. a. noch mit, daß er sich fürchten würde, einzufahren.

Ich bitte den Herrn Bergmeister, bei einer eventuellen Untersuchung den Mann nicht nennen zu wollen, damit der Mann nicht noch schließlich seine Abreise erhält.

Mich der angenehmen Hoffnung hingehend, schon bald ein Wohlgehorren zuzugewenden, verbleibe ich in Empfang nehmen zu dürfen, gezeichnet

Hochachtungsvoll
Georg. Rab. Gewerkschaftssekretär.

Der Unterzeichner ist Angehöriger des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter! Auf sein Schreiben erhielt ich folgende Antwort, datiert vom 18. November d. J.:

„Auf das gefällige Schreiben vom 10. d. M. heile ich Ihnen anheim, dem Bergmann Johann Wagner mitzuteilen, daß ihm ein Bescheid auf seine Beschwerde erteilt werden wird, wenn er sie selbst mündlich oder schriftlich bei der Bergbehörde vorbringt.“

Das spricht für sich. Statt erstens zu sein, daß ihm von einem gefährlichen Betriebszustand Mitteilung gemacht wird, lehnt der Herr kaiserliche Berginspektor die Vermittlung des Gewerkschaftssekretärs ab und verweist „auf den Inhabernweg“. Derselbe Berginspektor hat anlässlich des eben besprochenen Betriebszustandes der Arbeiter auf den Spitteler Schächten der Bergbauverwaltung beauftragt, es befanden sich keine gefährlichen Gase in der Tiefe, wurde aber dann, als er selbst inspizierte, nach Angabe der Arbeiter betäubt augen geschaffen!

Der zweite Fall betrifft den Sekretär der katholischen Fachabteilungen in Oberschlesien, bekanntlich eine Arbeiterorganisation, die prinzipiell den Streik verweigert, jedenfalls keine „Gehorganisations“. Der Sekretär, Herr Rudolf, schrieb am 28. August 1907 an den Vorstand der christlichen Gewerkschaft:

„Wie wir bemerken, hat der Berg- und Hüttenmännische Verein aus Anlaß des Ausstandes auf den südlichen Steinkohlengruben zu Königshütte sogenannte „Saxars“ bitten angelegt und den Hütten- und Grubenverwaltungen zugewandt und der Anlegung der darin beschäftigten Arbeiter gemahnt. Abgesehen davon, daß vergleichbar Maßnahmen strafbar sind, empfehlen wir die Auf-